

Antrag 2025/II/Innen/3

Jusos Hamburg

Für eine humane Flüchtlingspolitik: Abschiebelager in Hamburg schließen!

1 Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an die SPD-Bürgerschaftsfraktion beschließen:
2 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Senat im Bundesrat setzen sich dafür ein, dass das Ab-
3 schiebelager für Geflüchtete in Hamburg umgehend geschlossen wird. Stattdessen fordern wir
4 eine dezentrale und menschenwürdige Unterbringung für alle Geflüchteten, unabhängig von
5 ihrem Aufenthaltsstatus. Zudem lehnen die Jusos Hamburg jede Form der Leistungskürzung
6 und sozialen Isolation für Menschen im Asylverfahren ab.

7 Begründung

8 Nicht nur die zahlreichen Demonstrationen gegen Rechts, auch die Ergebnisse der Bürger-
9 schaftswahl und das damit einhergehende gute Abschneiden der Parteien des progressiven
10 Spektrums haben gezeigt, dass die Wähler*innen in Hamburg für ein solidarisches Miteinan-
11 der eintreten. Dies gilt auch für den Umgang mit geflüchteten Personen. Deshalb erscheint es
12 verwunderlich, dass Hamburg als erstes Bundesland ein spezielles Abschiebelager für Geflüch-
13 tete eingerichtet hat, die laut Dublin-III-Verordnung in ein anderes EU-Land abgeschoben wer-
14 den sollen. Diese Maßnahme geht mit massiven Einschränkungen der Lebensverhältnisse der
15 Betroffenen einher. Zum einen bedeutet die Unterbringung in einer isolierten Lagerhalle eine
16 faktische Internierung. Auch wenn die Innenbehörde betont, dass es sich nicht um eine Haft-
17 anstalt handle, schränkt das Lager die Bewegungsfreiheit erheblich ein. Zum anderen wurde
18 mit der jüngsten Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes (§ 1 Absatz 4 AsylbLG) eine
19 drastische Kürzung der Sozialleistungen für Dublin-Fälle beschlossen. Betroffene erhalten nur
20 noch für zwei Wochen Sachleistungen unterhalb des Existenzminimums – und keinerlei Geld-
21 leistungen außer einmalig 8,85€ für Hygieneartikel. Sollte die Abschiebung in dieser Zeit nicht
22 erfolgen, verlängert der Senat diese Leistungskürzung. Diese Maßnahmen verstoßen gegen
23 grundlegende menschenrechtliche Prinzipien. Der Entzug existenzsichernder Leistungen steht
24 im Widerspruch zur deutschen Verfassung sowie übergeordneten Rechtsnormen wie der Gen-
25 fer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention. Darüber hinaus
26 bedeutet eine Abschiebung innerhalb der EU nicht automatisch, dass Geflüchtete dort men-
27 schenwürdige Bedingungen vorfinden. In vielen EU-Ländern sind sie staatlicher Gewalt oder
28 Verelendung ausgesetzt. Frankreich bietet nur für die Hälfte der Schutzsuchenden eine Unter-
29 kunft – die andere Hälfte bleibt obdachlos. In Kroatien, Rumänien oder Bulgarien werden viele
30 Geflüchtete nach der Registrierung ohne Zugang zu einem Asylverfahren auf die Straße ge-
31 setzt. Die Hamburger SPD muss sich klar gegen diese unmenschlichen Praktiken positionieren.
32 Ein Abschiebelager ist mit sozialdemokratischen Werten nicht vereinbar. Statt Abschiebung,
33 Isolation und Leistungskürzungen brauchen wir eine dezentrale, menschenwürdige Unterbrin-
34 gung und eine faire Asylpolitik, die Schutzsuchenden echte Perspektiven bietet.